

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 2

Artikel: Rumänischer Rückzug auf innere Verteidigungslinie
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095499>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rumänischer Rückzug auf innere Verteidigungslinie

Wenn der Krenml mit seiner Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Länder mehr bezweckt als nur eine nachträgliche Rechtfertigung der CSSR-Invasion, wenn er sie vielmehr als Richtlinie versteht, an die seine Verbündeten sich in ihrer Innen- und Aussenpolitik künftig zu halten haben werden, dann geht Bukarest schweren Zeiten entgegen.

Von allen Ländern, die sich sozialistisch nennen, kommt Rumänien am ehesten als Ziel des sowjetischen Interventionsanspruches in Frage, weil es geographisch, politisch und militärisch eindeutig zum europäischen Machtbereich der UdSSR gehört. Wollte Rumänien versuchen, der Sowjetunion jeden möglichen Grund zu einer militärischen Intervention zu nehmen, so dürfte es an seiner bisherigen Politik im Innern möglichst wenig ändern, um so mehr aber an seiner Aussenpolitik. Indessen hat das Regime Ceausescu, wollte es den sowjetischen Wünschen voll und ganz genügen, eine ernstliche Erschütterung seiner inneren Machtbasis zu befürchten. Somit stehen die Bukarester Politiker vor der Aufgabe, diese beiden einander entgegengesetzten Grundinteressen in der Weise zu befriedigen, dass die jeweiligen abträglichen Wirkungen gering bleiben, d. h. der bisherige Kurs wenigstens in seiner Substanz gewahrt bleibt.

Für den Erfolg dieser Gratwanderung ausschlaggebend ist jedoch nicht so sehr die rumänische Geschicklichkeit als vielmehr Moskaus Entschei-

dung bezüglich der Prioritäten seiner Politik. Der weltweite Schock, den die Intervention gegen die CSSR ausgelöst hatte, ist freilich schon abgeklungen, könnte aber durch ein weiteres Vorgehen im gleichen Stil nachhaltiger werden. Dass Rumäniens Aussenpolitik den Krenml nicht im selben Mass gegenwärtig dünkt wie seinerzeit die tschechoslowakische «Wiedergeburt», kann als sicher gelten; andernfalls hätte Moskau hier ja schon früher eingegriffen. Die Chance für Rumänien liegt gegenwärtig darin, dass Moskau, schon um die Nato nicht zu reaktivieren, es im Hinblick auf übergeordnete wirtschaftliche und rüstungspolitische Gesichtspunkte für angebracht halten könnte, Rumänien einigermassen gewähren zu lassen.

Rumänien scheint jedenfalls die Möglichkeit zur Beibehaltung eines gewissen eigenen Spielraums optimistischer einzuschätzen als etwa noch im Frühjahr 1968. Hatte es sich in den ersten Monaten nach der Intervention gegen die CSSR zusehends mehr eingeschüchtert gezeigt, so behauptete es darnach wieder mit grösserer Energie

der Entschlossenheit Gomulkas, einen erneuten Ausbruch von Studentenunruhen mit allen Mitteln zu verhindern.

Zusammenfassung

Der 5. Kongress der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat einerseits gezeigt, dass die Partisanengruppe einen zumindest temporären Rückschlag erlitt und dass sich Gomulka nicht ohne Erfolg um den Aufbau einer neuen Führungsstruktur bemüht, die es ihm erlauben soll, die Partei auch in Zukunft zu beherrschen. Andererseits wurde klar, dass sich die Partei darin einigt ist, entschlossen eine Politik des Status quo zu verfolgen, die in verschiedenen Bereichen, namentlich auf dem Felde des intellektuellen Lebens, im Laufe des letzten Jahres repressiv, fast neostalinistisch geworden war. Für die Nation war es vielleicht noch wichtiger, dass bestimmte Fragen gar nicht und bestimmte Probleme nur am Rande diskutiert wurden. Alles in allem bietet Polen auch nach dem 5. Kongress ein deprimierendes und eigentlich schon erschreckendes Bild. Die Aufmerksamkeit der Partei bleibt nach innen gerichtet, absorbiert von Gruppenkämpfen und persönlichen Konflikten, von denen viele bereits 20 Jahre alt sind, und ernsthafte Versuche, die Probleme einer sich urbanisierenden und industrialisierenden Gesellschaft zu lösen, sind nirgends zu erkennen. Die Aussenpolitik des Regimes im arabisch-israelischen Krieg im Juni 1967 und in der tschechoslowakischen Krise, die Unterdrückung der Studentendemonstrationen und die Säuberungskampagne des abgelau-

fenen Jahres mit ihren starken antisemitischen Tönen — all das hat die Bevölkerung dem Regime noch mehr entfremdet und einen guten Teil der Sympathie gekostet, die Polen früher im Ausland genoss. Beunruhigender ist aber, dass das Regime, wie die antirevisionistische Kampagne, die Stärkung der Polizei und ähnliche Massnahmen verraten, offenbar den gefährlichen Kurs einschlagen will, die Kluft zwischen Partei und Gesellschaft, die ein entscheidendes Charakteristikum der Periode seit 1956 war, durch die «Mobilisierung» zumindest bestimmter Teile der Gesellschaft zu überbrücken. Diese Wendung erlaubt, wenn man zugleich die Veränderung der jetzt von den Resten des «liberalen» Flügels gesäuberten Führungsstruktur berücksichtigt, den Schluss, dass der 5. Kongress, wenngleich Gomulka Erster Sekretär bleibt und eine Stärkung seiner persönlichen Position erreicht hat, das Ende der noch vom Oktober 1956 bestimmten Aera eingeleitet hat. Polens Zukunft bleibt ungewiss. Gomulka hat die Gunst der Stunde zu nutzen gewusst und damit vielleicht nicht mehr erreicht, als sich selbst zu überleben. ■

seine Rechte auf nationale Selbständigkeit. Allerdings hat Bukarest behutsam vorzugehen. Bildlich gesprochen ist es auf eine Art innere Verteidigungslinie zurückgewichen, die es nun sichert und festigt. Aufgeben hat es einstweilen so vorgeschobene Positionen wie die Ablehnung einer Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten zur kommunistischen Weltkonferenz und vor allem die ausdrückliche Verurteilung der Intervention. In öffentlichen Reden bekennen sich die rumänischen Führer wieder mehr zum proletarischen Internationalismus, versprechen feierlich Bündnistreue gegenüber den Partnern im Warschauer Pakt, erklären ihre Bereitschaft zu verstärkter Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Das Hauptgewicht der Aktivität hat sich offenbar nach innen verlagert. Alle Bemühungen in dieser Hinsicht — Bildung von Räten der nationalen Minderheiten sowie der «Front der sozialistischen Einheits», Rehabilitierungen, Liberalisierung der Ausreiseformalitäten, «Demokratisierung» mittels sogenannter Volkssaussprachen usw. — zielen darauf ab, die Nation in sozialer und nationaler Beziehung zu einigen, um der Parteiführung gegenüber innern und äussern Widersachern (erstere womöglich mit letzteren im Bunde) stärkeren Rückhalt zu verschaffen. Moskau hätte immerhin einige Mühe, diese Schritte als Vorstösse gegen sozialistische Prinzipien zu erklären, als deren Wächter es sich angeblich fühlt. Auch gegen jüngste verteidigungspolitische Massnahmen der Rumänen kann es schwerlich etwas einwenden, denn sie dienen erklärterweise dem Ziel, die Verteidigungskraft des Landes und damit auch das Warschauer Bündnis zu stärken. Das gleiche gilt für Rumäniens aussenpolitische Aktivitäten oder wenigstens für einen Teil davon. Bukarests Bemühungen um Entwicklungsländer und um jene europäischen Staaten, die nicht auf der sowjetischen Abschluslinie stehen wie Westdeutschland und Jugoslawien, müssten ja mit den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz konform gehen, denen Moskau jedenfalls bezüglich genehmer Staaten nicht abgeschworen hat, wenn auch der Breschnew-Doktrin ein Zug zum protektionistischen Isolationismus innewohnt.

Und doch steckt in sämtlichen innen-, militär- und aussenpolitischen Anstrengungen Rumäniens eine Tendenz, die letztlich gegen den sowjetischen Hegemonieanspruch gerichtet ist. Und wäre es auch nur in der Form, dass dadurch die materielle und moralische Widerstandskraft des Regimes gegen äussere und innerparteiliche Pressionen verstärkt wird. Das verleiht dem gesamten rumänischen Verhalten in Wort und Tat eine fundamentale «Zweideutigkeit», die wohl als Charakteristikum für die ganze kommende Zeit beibehalten werden dürfte, in welcher das Ausmass des sowjetischen Eingriffswillens nicht eindeutig getestet werden darf. ■

Zum Beispiel

ZEITBILD